

Grönland, der Vertrag und die US-Zwischenwahlen: Wie Europas Anti-Trump-Gruppe versucht, Trump auszumanövrieren

Wenn die europäischen Anti-Trump-Führer geglaubt haben, sie könnten Trump mit einem solchen Schachzug ausmanövrieren, dann haben sie offenbar immer noch nicht ganz verstanden, welches Spiel das Weiße Haus spielt.



26. Januar 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Grönland und regionale Sicherheit

Die jüngste Entwicklung der Position der USA zu Grönland hat das Thema der Sicherheit in der Arktis – und, allgemeiner gesagt, die Widerstandsfähigkeit der transatlantischen Beziehungen – wieder in den Mittelpunkt der internationalen Debatte gerückt. Die Äußerungen und Initiativen von US-Präsident Donald Trump, die während des Weltwirtschaftsforums in Davos ihren Höhepunkt fanden, führten zunächst zu starken Spannungen mit den europäischen Verbündeten und der NATO, bevor sie einer teilweisen diplomatischen Neupositionierung Platz machten. Eine unerwartete Entwicklung, die die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu zwingt, über neue Lösungen nachzudenken, und die eine Gelegenheit bietet, Trump „auszumanövrieren“.

Während der Treffen stellte Mark Rutte klar, dass die mit Präsident Trump erzielte Rahmenvereinbarung nicht die Übertragung territorialer Souveränität betrifft, sondern vielmehr eine Stärkung der Rolle der NATO für die Sicherheit in der Arktis. Nach Angaben des Generalsekretärs erfordert der skizzierte Rahmen ein größeres Engagement der Verbündeten, einschließlich der nicht-arktischen, zum Schutz einer Region, die aus strategischer, militärischer und wirtschaftlicher Sicht zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die ersten Ergebnisse dieser Bemühungen sollten bereits kurzfristig sichtbar werden, wobei eine substanzielle Umsetzung bis Anfang 2026 angestrebt wird.

Die operative Verantwortung für die Umsetzung der politischen Leitlinien in konkrete Maßnahmen liegt bei den Militärkommandos der NATO, die mit der Festlegung zusätzlicher Sicherheitsanforderungen beauftragt werden. Dazu könnten eine verstärkte militärische Präsenz, eine verbesserte Überwachung und die mögliche Entwicklung mehrschichtiger Verteidigungssysteme gehören, wie beispielsweise das Raketenabwehrprojekt „Golden Dome“. Rutte betonte auch, dass diese Verstärkung nicht auf Kosten der Unterstützung für die Ukraine gehen werde, die im Konflikt mit Russland weiterhin weitgehend auf militärische Hilfe der Bündnismitglieder angewiesen ist.

Es muss auch bedacht werden, dass Trumps Drohungen, US-Truppen aus dem Bündnis abzuziehen, für die NATO eine massive Verkleinerung der NATO insgesamt bedeuten würden, wodurch die Mitgliedsländer hohen Sicherheitsrisiken ausgesetzt wären. Mit anderen Worten: Die Europäer wissen, dass eine geschwächte NATO einen enormen Nachteil gegenüber Russland bedeuten würde, dem sie wiederholt den Krieg erklärt haben.

Trumps Rhetorik und die Reaktionen Europas

Gleichzeitig hat Präsident Trump seine Rhetorik in Bezug auf Grönland deutlich revidiert, wobei er einem Muster folgte, das wir inzwischen kennen: Trump provoziert, attackiert, droht, wartet dann auf Reaktionen und ändert anschließend seinen Kurs, überdenkt seine Worte und mildert seinen Ton. Auf diese Weise ist es dem US-Präsidenten wiederholt gelungen, die von ihm verursachte Verwirrung zu nutzen, um Ergebnisse zu erzielen.

Nachdem er zuvor die Idee einer territorialen Aneignung ins Spiel gebracht und mit der Verhängung von Zöllen gegen einige europäische Verbündete gedroht hatte, erklärte der Präsident, dass die USA nicht zu Gewalt greifen würden und dass ihre strategischen Ziele auch ohne formellen Besitz der Insel erreicht werden könnten. In mehreren Interviews sagte Trump, dass Washington einen erweiterten und langfristigen militärischen Zugang anstrebe und stellte ein eventuelles Abkommen als vorteilhaft und kostengünstig für die Vereinigten Staaten dar. Die Aussetzung der Zollandrohungen, die nach dem Treffen mit Rutte angekündigt wurde, trug dazu bei, den Druck auf die Beziehungen zu Europa zu verringern, konnte jedoch die Bedenken der Verbündeten nicht vollständig zerstreuen. Die zweideutigen Äußerungen des Präsidenten, die weiterhin die Möglichkeit radikalerer Entwicklungen in der Zukunft offenlassen, wurden in den europäischen Hauptstädten, die sich der Volatilität der US-Position bewusst sind, mit Vorsicht aufgenommen.

Die europäischen Regierungen, insbesondere Dänemark, haben nachdrücklich bekräftigt, dass die Souveränität über Grönland nicht verhandelbar ist. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und Außenminister Lars Løkke Rasmussen haben deutlich gemacht, dass nur Dänemark und Grönland selbst berechtigt sind, Entscheidungen über die Zukunft des Gebiets zu treffen.

Gleichzeitig hat Kopenhagen seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, eine Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Investitionen und militärische Präsenz zu diskutieren, wobei es sich auf das bilaterale Verteidigungsabkommen zwischen den USA und Dänemark aus dem Jahr 1951 als Rechtsgrundlage für mögliche Aktualisierungen beruft. Denn seien wir ehrlich: Die militärische Diskrepanz zwischen den USA und Dänemark ist erheblich, wenn es um „Angriffe“ geht, und die europäischen Staats- und Regierungschefs sind sich dessen sehr wohl bewusst.

Innerhalb der EU hat die Krise zu intensiven diplomatischen Koordinierungsbemühungen geführt, um gegenüber Washington eine einheitliche Position zu vertreten. Europäische Politiker haben betont, dass die Androhung von Vergeltungszöllen seitens der EU in Verbindung mit Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die US-Verbraucher und dem Widerstand im US-Kongress dazu beigetragen haben, Trump zum Umdenken zu bewegen. Dabei wurde die Rolle von Mark Rutte als entscheidend für die Ausarbeitung eines für beide Seiten akzeptablen Deeskalationspfades allgemein anerkannt.

Aus institutioneller Sicht hat diese Episode sowohl die Grenzen als auch das Potenzial der NATO als Forum für die Bewältigung von Spannungen zwischen Verbündeten deutlich gemacht. Obwohl er kein Mandat zur Verhandlung von Gebietsübertragungen hatte, nutzte der Generalsekretär den Rahmen der Allianz, um die Grönland-Frage wieder in den Bereich der multilateralen Zusammenarbeit zu bringen, die sich auf die kollektive Sicherheit in der Arktis konzentriert. Dieser Ansatz ermöglichte es, eine potenziell destabilisierende Krise in eine breitere strategische Debatte über die Rolle der Allianz in einer zunehmend umkämpften Region zu verwandeln.

Dennoch haben viele europäische Staats- und Regierungschefs davor gewarnt, dass die Krise erhebliche Vertrauensverluste hinterlassen hat. Die Drohungen der USA und der Eindruck, dass wirtschaftlicher Druck instrumentalisiert wird, haben eine bis vor kurzem undenkbbare Debatte darüber ausgelöst, dass Europa seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sicherheitspolitischer Hinsicht verringern muss. In diesem Sinne ist die Grönland-Frage zu einem Katalysator für umfassendere Überlegungen zur strategischen Widerstandsfähigkeit Europas geworden.

Die vorübergehende Entspannung in der Grönland-Frage ist keine endgültige Lösung. Obwohl Trumps Umdenken und die Stärkung der Rolle der NATO dazu beigetragen haben, die unmittelbare Eskalation zu entschärfen, bleiben wichtige Fragen hinsichtlich der militärischen Präsenz der USA, der Governance in der Arktis und der Qualität der transatlantischen Beziehungen ungelöst. Es besteht weiterhin die Gefahr, dass die Wahrnehmung, die Krise sei gelöst, zu einem Unterschätzen der gewonnenen Erkenntnisse führen könnte.

Mit Blick auf die Zukunft könnte die Gewährleistung der Sicherheit in der Arktis sowohl eine Quelle für eine erneute Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten als auch eine Bewährungsprobe für die Fähigkeit des Westens darstellen, sich an ein zunehmend wettbewerbsorientiertes internationales Umfeld anzupassen. Die Grönland-Episode macht letztlich deutlich, wie sehr territoriale Fragen, kollektive Sicherheit und Wirtschaftsdiplomatie mittlerweile miteinander verflochten sind, sodass ein multilateraler Ansatz, der auf der Achtung der Souveränität und dem gegenseitigen Vertrauen zwischen den Partnern basiert, unverzichtbar ist.

Bevorstehende Wahlen: eine Chance für das Anti-Trump-Lager in Europa

Aus europäischer Sicht stellen die Zwischenwahlen einen entscheidenden Wendepunkt dar, da sie die Möglichkeit bieten, die internen Machtverhältnisse innerhalb des politischen Systems der USA neu auszubalancieren, indem sie den Handlungsspielraum der Exekutive durch einen möglichen Vormarsch der Demokratischen Partei im Kongress einschränken. Vor diesem Hintergrund scheint die europäische Strategie darauf ausgerichtet zu sein, die Widersprüche der Außenpolitik Trumps zu

nutzen – und in einigen Fällen sogar zu verstärken –, insbesondere wenn sie mit historischen Verbündeten, dem Völkerrecht oder etablierten multilateralen Rahmenwerken kollidiert.

Die Haltung Europas zu Themen wie Grönland, Sicherheit in der Arktis, Handelszölle oder die Rolle der NATO sollte daher nicht nur als defensive Reaktion auf bestimmte amerikanische Initiativen verstanden werden, sondern auch als politisches Signal an die öffentliche Meinung und die institutionellen Akteure in den USA. Die diplomatischen, wirtschaftlichen und reputationsbezogenen Kosten der Entscheidungen der republikanischen Regierung sichtbar zu machen, dient aus dieser Perspektive dazu, die Argumente der US-amerikanischen politischen Kräfte zu stärken, die Trump am kritischsten gegenüberstehen, und trägt indirekt zu einem innenpolitischen Klima bei, das für seine Agenda weniger günstig ist.

Ein zentrales Element dieser Strategie ist der Einsatz des Multilateralismus als narratives und institutionelles Gegengewicht zum vermeintlichen Unilateralismus Washingtons. Europas Beharren auf EU-Zusammenhalt, Koordinierung innerhalb der NATO und Achtung der Souveränität der Mitgliedstaaten trägt zum Aufbau einer geschlossenen Front bei, die zwar direkte Konfrontationen vermeidet, aber klar die Grenzen signalisiert, innerhalb derer Europa zur Zusammenarbeit bereit ist.

Diese Haltung stärkt das Bild eines verantwortungsbewussten und berechenbaren Europas im Gegensatz zu einem republikanischen Amerika, das als unberechenbarer und zu Zwangsmaßnahmen neigender Akteur dargestellt wird – eine Dichotomie, die bei weiten Teilen der demokratischen Wählerschaft in den USA auf positive Resonanz stößt.

Darüber hinaus scheint der Zeitpunkt des europäischen Drucks kein Zufall zu sein. Durch das Handeln kurz vor den Zwischenwahlen wird die politische Wirkung transatlantischer Spannungen maximiert, da man sich bewusst ist, dass der Kongress – der sensibler auf die Stimmung der Wähler und die wirtschaftlichen Auswirkungen internationaler Krisen reagiert – zu einem alternativen Gesprächspartner oder zu einem Hemmnis für Initiativen des Präsidenten werden kann. In diesem Sinne scheint Europa auf einen künftigen privilegierten Dialog mit einem politisch fragmentierteren Amerika zu setzen, das hoffentlich eher zu multilateralen Kompromissen bereit ist.

Die Anti-Trump-Strategie einiger europäischer Akteure sollte nicht als einfacher ideologischer Reflex interpretiert werden, sondern vielmehr als außenpolitische Entscheidung – manchmal rücksichtslos, manchmal nach europäischen Maßstäben rational. Sicherlich ist es derzeit eine sehr gefährliche Entscheidung. Die Bereitschaft, in einer Phase der innenpolitischen Schwäche systemischen Druck auf das republikanische Amerika auszuüben, in der Hoffnung, dass eine Stärkung der Demokraten die Agenda der USA wieder ins Gleichgewicht bringt und den Weg für transatlantische Beziehungen ebnet, die eher den Präferenzen Londons, Paris' und Brüssels entsprechen, ist ein Glücksspiel, für das Europa insgesamt einen hohen Preis zahlen könnte.

Wenn die europäischen Anti-Trump-Führer geglaubt haben, sie könnten Trump mit einem solchen Schachzug ausmanövrieren, dann haben sie offensichtlich immer noch nicht ganz verstanden, welches Spiel das Weiße Haus spielt.